Der Wandel der SPD – nur wohin?

Mona Jaeger schreibt in der FAZ vom 18.5.2025, die SPD befinde sich zur Zeit auf der Überholspur ganz in dem Sinne, wie es Willy Brandt Anfang der Sechzigerjahre gesagt habe: die Sozialdemokratie als die beste CDU aller Zeiten. Dem gegenüber gäbe es einen starken Flügel, den der Fraktionsvorsitzende Matthias Miersch repräsentiere, der die alten Kräfte repräsentiere, für die Olaf Scholz stehe: mit der Taurus-Entscheidung. Diese Auffassung der Journalistin deckt sich möglicherweise mit der neuerlichen Analyse des Parteivorsitzenden Lars Klingbeil, die SPD sei keine Arbeiterpartei mehr, wobei offen bleibt, ob sie nach seiner Ansicht wieder in dieser Richtung, nämlich als »Partei der Werktätigen« entwickelt werden sollte.

Zur Erinnerung: Bis zum Godesberger Parteitag 1959, als man sich von Marx und Engels verabschiedete, war die SPD sicherlich Arbeiterpartei im Sinne ihrer Gründung im 19. Jahrhundert unter dem Gegensatz Bürger/ Arbeiter. Julius Leber, der Lübecker Parteivorsitzende und Reichstagsabgeordnete, brachte diesen Gegensatz Arbeiter/Bürger in einem Leitartikel im Lübecker Volksboten, der „Tageszeitung für das arbeitende Volk“, am 2.9.1921 auf den Punkt.[1] Den Abschied vom Klassenkampf, d.h. vom Proletariat, sieht Micha Brumlik fast 100 Jahre später mit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA 2017 als vollzogen. An die Stelle des Proletariats trete der Pöbel, der den Faschisten und Milliardär Trump gewählt habe .[2]

Schaut man nach den deutschen Bundestagswahlen vom 23.2.2025 auf die Ergebnisse in Brandenburg oder Thüringen, wo 38-46 % der Werktätigen, die AfD wählten, so bestätigt sich diese Analyse. Denn bei Licht besehen steht weder in dem Parteiprogramm noch nach den Reden der Entscheidungsträger der AfD beziehungsweise Entscheidungsträgerinnen dieser verfassungsfeindlichen Partei das Wohl der „Werktätigen“ im Vordergrund. Diese völkische Partei fördert vielmehr eine von Tarifverträgen und sozialen Unkosten befreite völkische Elite. Das ist ihren Wählern aber offenbar wurst. Deshalb ist der Begriff Pöbel für diese „classe populaire“[3]

---

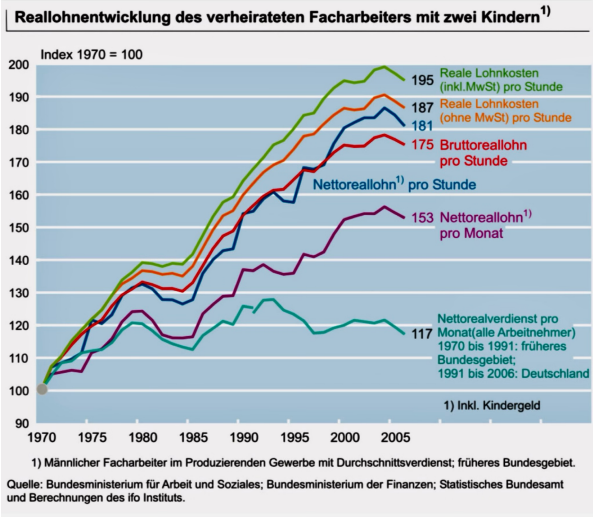
[1] http://library.fes.de/luebeck/pdf/1921/1921-205.pdf

[2] Brumlik, Micha, Vom Proletariat zum Pöbel: Das neue reaktionäre Subjekt, Blätter für nationale und internationale Politik, 1/2017, S.52

[3] Eribon, Didier, Er hat das Beben vorausgesehen, Dir Zeit 10/2024, Interview mit Tania Stelzer

zutreffend. Sie stachelt zur Rache an den politischen Eliten der „Altparteien“ auf für die jahrelangen Lügen der herrschenden Eliten in Gesellschaft und Politik.[4]

Die maßgeblichen Medien verstärken darüber hinaus - bewusst oder unbewusst seit etwa 1980 - die soziale Ungleichheit der Vermögen, indem sie drei Mythen über die betreffenden Volkswirtschaften verbreiten, die dazu beitragen, Politik und Gesellschaft zu destabilisieren:



- „Wir haben die Inflation besiegt“,
- „Die Einkommen sind gestiegen“,
- „Alles ist in Ordnung, wenn die Wirtschaft boomt.“

Davon stimmt nichts. Denn es herrscht in Deutschland und im Westen (Europa, USA) das Prinzip der auf Ungleichheit beruhenden Akkumulation.
Zunächst zum verfügbaren „Einkommen“. Das Realeinkommen

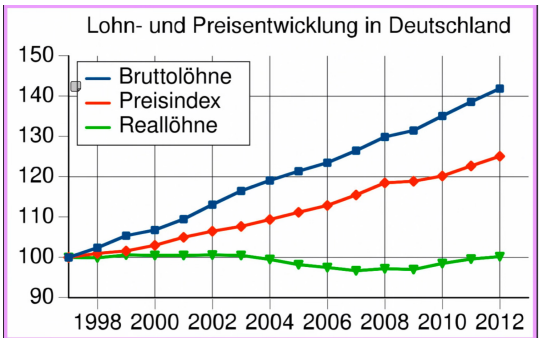
---

[4] https://michaelbouteiller.de/demokratischer-faschismus/; vgl. Zur Wahrnehmungsfähigkeit des „Neuen Menschen“ Adolf Hitlers nach Betz, Albrecht, Der „Neue Mensch“ im Nationalsozialismus, https://www.deutschlandfunk.de/der-neue-mensch-im-nationalsozialismus-100.html#:~:text=Der%20%E2%80%9ENeue%20Mensch%E2%80%9C%20%E2%80%93%20zugleich,%2C%20feige%2C%20h%C3%A4sslich%20und%20hinterh%C3%A4ltig.,DLF, 7.11.2010;

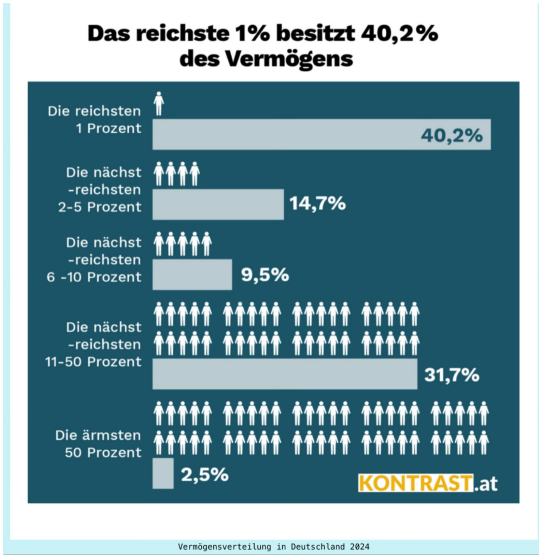
dazu die unglaubliche Geschichte des polnischen Offiziers Jan Karski nach Klaus Theweleit . Dem war es während des Zweiten Weltkriegs gelungen, sich in eines der Vernichtungslager der Nazis in Polen einzuschleusen. Er sah, was die Nazis dort anrichteten, und berichtete an die polnische Exilregierung in London. 1943 bekam er Audienzen, auch bei Franklin D. Roosevelt in Washington. Roosevelt leitete ihn weiter an einen seiner Berater, Felix Frankfurter, einen der obersten Richter der USA, einen in Wien geborenen Juden. Als Karski fertig war mit seinem Bericht aus den Vernichtungslagern, stand der Richter auf und sagte: "Junger Mann, ich glaube Ihnen nicht." Denn: Er kenne die Menschheit, das menschliche Gehirn. Er sage nicht, dass Karski lüge, "ich sage, dass ich ihm nicht glaube". Als Karski Jahrzehnte später im Film Lanzmann davon erzählt, fügt er dem hinzu, wie zur Entschuldigung Frankfurters, dass er es selbst immer noch nicht glaube, obwohl er es gesehen habe. Niemand auf der ganzen Welt habe das glauben können. ZEIT online:Wir kommen nicht ganz mit. Warum erzählen Sie uns diese Geschichte? Theweleit: Wegen des Schlusses, den Claude Lanzmann mit Karskis Hilfe daraus gezogen hat. Die Reaktion des Richters Frankfurter ist ihnen der Beleg dafür, dass es den Nazis tatsächlich gelungen war, jenen "neuen Typ Mensch" zu schaffen, von dem sie dauernd redeten. ***Mit den Nazis sei ein neues Denken und Handeln in die Welt gekommen, das man vorher nicht für möglich gehalten hätte. Es war zu unfasslich.*** Es legte das Handeln lahm und ließ das eigene Hirn daran zweifeln, was die Augen gesehen hatten. **Mir scheint im Moment in der Welt etwas Ähnliches zu passieren. Was Trump und Putin und andere Potentaten tun, wie die reden – ich zum Beispiel habe das nicht für möglich gehalten.**

eines durchschnittlichen Werktätigen ist seit 1980 um ca. 5% gefallen.

Es trifft auch nicht zu, dass „Wir“ die Inflation besiegt hätten. Zumal der Preisindex - hier ab 1998 - sich für die Somewheres wesentlich härter auswirkt als für die Oberklasse, die „Anywheres“.



Es ist auch nichts in Ordnung, wenn „die Wirtschaft boomt“, denn bei der auf Ungleichheit beruhenden Akkumulation fällt für die „Somewheres“[5] davon nichts ab. Arbeitsplätze werden ggf. ins Ausland verlagert.



Wir alle starren wie das Kaninchen auf die Schlange, bzw. die Grafik der Vermögensverteilung in unserem Land: Den Elefant im Raum der Politik.

Jeder Versuch aber, einer auch nur vorsichtigen politischen Veränderung der Vermögens-struktur wird in den Fraktionen von CDU/FDP/SPD/Grünen von der jeweiligen Fraktions-führung ausgeschlossen - aus Furcht vor dem geschlossenen Gegenangriff der Hauptstadtmedien und der sie bestimmenden Lobbyisten. Die Abschreckung heißt: »Das Thema ist medial ‚verhetzt‘«.

Die Unterdrückung dieser Wahrheit ist die »Erste Große Lüge«.
John Rawls bringt in seiner Schrift "Eine Theorie der Gerechtigkeit" (1992, S. 261) die entscheidende Maxime, die zur Lösung dieser Grundbedingung einer rechtsstaatlichen Verfassung führen könnte, der gerechten Vermögensverteilung:

---

[5] zu der Begrifflichkeit vgl. Goodhart, David „Die „Anywheres“ und die „Somewheres°“. Die wachsende Kluft zwischen der breiten Mitte der Gesellschaft und der liberalen Oberschicht“; https://rotary.de/gesellschaft/die-anywheres-und-die-somewheres-a-10639.html; https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/12/Anywheres_Somewheres.pdf

Soziale und politische Ungerechtigkeiten müssen nach Rawls zwei Bedingungen erfüllen,

- erstens müssen sie mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen unter Bedingungen fairer Chancengleichheit offen stehen, und
- zweitens müssen sie zum größten Vorteil der am wenigsten begünstigten Mitglieder der Gesellschaft sein.

Schön wär‘s, wenn diese Maxime, die bereits in Art.1 der revolutionären Erklärung der Menschenrechte vom 26.August 1789 so gefasst waren:

> "Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein."

umgesetzt würde. Das wäre wohl eine befreiende Revolution. Die Bürgerliche Revolution 2.0.

Die »Zweite Große Lüge«: Das zweite große Thema, das verschwiegen wird, ist der stikkum verlaufende Abbau der Mitbestimmung in den Parteien und in den Institutionen der Gesellschaft. D.h. der zunehmenden Steuerung von Politik, Staat und Gesellschaft von oben oder die Verschiebung der Entscheidungen hin zu den Eliten. Colin Crouch nannte das Ergebnis dieser Entwicklung „Postdemokratie“.[6]

Voraussetzung für diese Aushöhlung der politischen Mitbestimmung waren ab 1980 u.a.

- Der Niedergang des Keynesianismus im politischen Denken und Handeln Anfang der 1970er Jahre (d.h. die in der Nachkriegsgeschichte geltende Wirtschaftspolitik der staatlichen Steuerung der Nachfrage von Gütern und Dienstleistungen[7]),
- Der Ölpreisschock 1973,
- Die Wahlen von Margret Thatcher (1979)[8] und Ronald Reagan (1981) sowie

---

[6] Crouch, Colin, Postdemokratie, Berlin 2012; https://www.deutschlandfunk.de/colin-crouch-die-bezifferte-welt-von-demokratieverlust-und-100.html

[7] Keynes, John Maynard, Krieg und Frieden, Die wirtschaftlichen Folgen des Vertrags von Versailles, Berlin 2024 (Erstausgabe 1919)

[8] von der der Satz stammt, „es gibt keine Gesellschaft“

- der Aufstieg der Chicago School of Economics unter Milton Friedman (1912-2006) („Neoliberalismus“- d.h. die Vorstellung „der Markt richtet es am besten ohne Staat“).

Diese Ereignisse markieren auch den Beginn des Prozesses der Postdemokratisierung. Ein Weg, der von der aktiven Beteiligung aller Partei- oder Organisationsmitglieder an den leitenden Führungsentscheidungen innerhalb der Organisationen in die bloße lustlose Akzeptanz des Endproduktes führt.

Die Auswirkungen dieses „postdemokratischen“ Denkens auf das politische System lassen sich in Deutschland etwa am Beispiel der Politik des Kabinetts Gerhard Schröder - Josef Fischer (1998-2005) gut darstellen. Dessen „Agenda 2010“ der „Neuen Mitte" führte bei der SPD nicht nur zum Verlust von ca. 400.000 Parteimitgliedern (die sich zunächst gegen diesen Kurs stellten und dann, als sie kalt gestellt worden sind, die Partei verließen).

Diese Agenda 2010 deregulierte ferner den Arbeits- und Finanzmarkt

- Niedriglohnsektor,
- Absenkung der Rente auf 45%,
- Flexibilisierung des Bankensektors,
- Absenkung der Einkommenssteuer von 51% auf 42%,
- Abschaffung der Erhebung der Vermögenssteuer)

Zusammengenommen summieren sich nach Angaben der Hans-Böckler-Stiftung die hierdurch verursachten staatlichen Mindereinnahmen auf 41 Mrd.€/Jahr.[9] Von 2000 bis 2024 sind das 984 Mrd.€. Das ist übrigens in etwa derjenige Betrag, den die neue Bundesregierung jährlich für die kaputte Infrastruktur unseres Landes von der Schuldenbremse

---

[9] „Schon vor der Krise hat die Politik die Staatsfinanzen erheblich geschwächt. Einen starken Anteil daran hat auch die damalige rot-grüne Bundesregierung. Die Steuerreform 2000 schlug mit Senkungen der Einkommensteuer und einer großen Unternehmenssteuerreform kräftig zu Buche. Zu einem großen Teil kam das wohlhabenden Haushalten zugute. Beispielsweise wurde der Spitzensteuersatz schrittweise von 53 auf 42 Prozent gesenkt oder die Besteuerung von Kapitalerträgen aus der Einkommensteuer herausgelöst. Mit der Abgeltungssteuer greift jetzt nur noch ein günstiger Satz von 25 Prozent, während Lohneinkünfte voll besteuert werden. Insgesamt lagen die Einnahmeausfälle während der Kanzlerschaft Gerhard Schröders von 2001 bis 2005 zwischen 24 und 43 Milliarden Euro pro Jahr. Auch in diesem Jahr rissen sie noch ein Loch von schätzungsweise 50 Milliarden Euro in die Staatskasse.“Achim Truger, Verlorene Milliarden, Magazin Mitbestimmung, https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-verlorene-milliarden-5238.htm.

ausgenommen hat. Der Unterschied ist allerdings, dass seinerzeit die 41 Milliarden pro Jahr den Reichsten zugekommen ist, während heute im Wesentlichen der Mittelstand über die Steuereinkommen dafür zahlen wird. Von Verteilungsgerechtigkeit kann demnach auch heute nach über 20 Jahren keine Rede sein.

Die Parteieliten führten SPD, CDU und Grüne ferner zur Beteiligung an Kriegen ohne UN-Mandat (Kosovo, Syrien, Afghanistan). Diese Kriegsbeteiligungen waren völkerrechtswidrig, die jeweiligen Begründungen für diese Angriffskriege Irreführungen der Öffentlichkeit.[10]

Diese »Zweite Große Lüge« führt im Ergebnis zu einem Anerkennungsdefizit des Mittelstandes und in der Folge zu Angst, Wut und Gewalt der so Vernachlässigten. Sie führt zu dem verheerenden „Doppelbinderprozess“ aus gesamtgesellschaftlicher Angst, Wut und Gewalt von dem der Soziologe und Historiker Norbert Elias nach den Erfahrungen des Nazi-Faschismus spricht (Zivilisation und Gewalt, 1981).[11]

Nachdem 1989/1990 das Schreckgespenst des Sozialismus und damit aber auch sein Fortschrittsversprechen entfallen war, ist es offenbar der politischen und gesellschaftlichen Führungselite medial gelungen, ihr eigenes Versagen in der Verteilungsfrage und Entreicherung des Mittelstandes den Ärmsten und den Fremden in die Schuhe zu schieben.

Die »Dritte Große Lüge«: ist die von den Leitmedien mitgetragene Umkehrung des alten Klassenwiderspruches des 19.und 20.Jahrhunderts (bis 1959) »Oben gegen Unten« in einen völkischen Existenzkampf innerhalb Deutschlands, der USA usw.,»Innen gegen Außen«, d.h. der Migranten gegen die ethnisch Einheimischen.

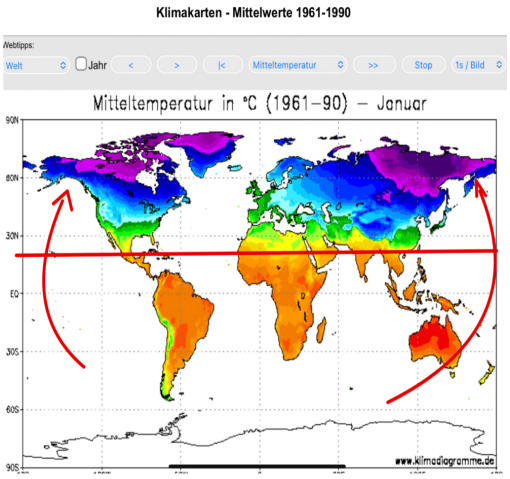
Die reale Entreicherung des Mittelstandes durch die Reichsten ist das eine, die jahrelang unterbliebene Klimavorsorge der in Politik und Unternehmen

---

[10] Daniele Ganser, https://youtu.be/4OhACDLcOoY

[11] Elias, Norbert, Zivilisation und Gewalt: über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen. In J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt am Main 1981, S. 98-122 in: J.Matthes (Hrsg.),Lebenswelt und soziale Probleme.Verhandlungen des 20.Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, S.98-122, https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461); https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/16608/ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf

herrschenden Karbonwirtschaft das andere Versagen. Heute steht mit dem bevorstehenden Kipp-Punkt der Klimaentwicklung[12] ein vergleichbarer Umbruch der Lebenswelt vor der Tür wie vor 150 Jahren mit Elektrifi-zierung, Erfindung des Dynamits und analoger Kommunikation. In Deutschland und weltweit. Darüber hinwegzutäuschen ist die »Vierte Große Lüge«.



Ein Umbruch, oder Kipppunkt, den der Ökonom und langjährige Geschäftsführer des Club of Rome, Graeme Maxton, spätestens 2034 für wahrscheinlich hält.[13] Das sind noch 9 Jahre, die verbleiben. Und wieder werden - wie das im 19. und 20. Jahrhundert infolge der Elektrifizierung usw. geschah, diesmal wegen des Klimawandels und der Entwicklung der KI Menschen verarmen und sterben. Menschen, die sich die Flucht oder die erforderlichen schützenden Techniken nicht leisten können.

Die Lösung der beschriebenen »Vier Großen Lügen« setzt keine Visionen der SPD voraus, sondern schlichte realpolitische Änderungen mit einer mindestens auf die nächsten 10 Jahre ausgerichteten Strategie. Dabei ist eine Reform des Prinzips der Einstimmigkeit in der EU und die Stärkung der UN ebenso wichtig wie die Besteuerung der 1% der Vermögenden in unserem Land, die über rund 40% des Volksvermögens besitzen. Ohne Abschaffung der rechtstaatswidrigen Staatsdoktrin des Prinzips der auf Ungleichheit beruhenden Akkumulation wird eine Renaissance des SPD ausgeschlossen sein.

Michael Bouteiller
24.Mai 2025

---

[12] https://michaelbouteiller.de/katastrophenvorsorge/

[13] https://youtu.be/LHumC1PGu6Q